



## Presseinformation

Nr. 565/2011

Kiel, Mittwoch, 16. November 2011

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Günther Hildebrand**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Katharina Loedige**, MdL  
Parlamentarische Geschäftsführerin

### Wolfgang Kubicki: Kritik der Opposition ist entlarvend

Zu **TOP 1** (Aktuelle Stunde – Koalitionsrettungsschirm im Bundesrat ablehnen) erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Die Kritik der Opposition an den Berliner Beschlüssen ist entlarvend. Für die SPD ist unsere Steuerpolitik ein Schritt in die falsche Richtung, führt andererseits nicht weit genug. Populismus – mehr nicht.“ Das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit habe die SPD noch nie verstanden, so Kubicki. „Bei der stufenweisen Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags geht es nicht um Steuersenkungen, sondern um die Umsetzung verfassungsrechtlicher Vorgaben. Dass der Bund den Einstieg in die Beseitigung der kalten Progression selbst finanziert, stärkt unser Land sogar. All das will die Opposition nicht.“

Auch die Kritik der Grünen sei unqualifiziert und werfe ein bezeichnendes Licht auf deren Menschenbild. „Ich habe gelesen, auf ihrem Parteitag seien die Grünen nahe an der Realität gewesen. Hier wird wieder deutlich: Nah’ dran ist eben auch vorbei.“ Wollte man beispielsweise den Äußerungen der Grünen zum Betreuungsgeld folgen, müssten Habeck & Co. ein Zwangs-Kitajahr für Unter-Dreijährige einführen.

Der Gipfel sei allerdings die Kritik des SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Stegner an der vorgesehenen privaten Pflegevorsorge. Die SPD könne nicht erklären, warum die Riester-Rente ein Erfolg, ein vergleichbares Modell in der Pflege aber abzulehnen sei. Auch an Verbesserungen für an Demenz erkrankte Menschen habe die SPD offenbar keinerlei Interesse. „Die SPD-Gesundheitspolitik hat für Demenzkranke nichts erreicht, und nun wollen die Sozialdemokraten, dass wir diesen wichtigen Beitrag ablehnen.“ Ebenso erstaunlich sei die SPD-Position zum Verkehrsetat: „Ein erheblicher Teil der Mittel wird für Projekte in unserem Land zur Verfügung gestellt, insbesondere für den Neubau einer Schleuse in Brunsbüttel. Heute ist klar geworden: Auch das will die SPD nicht“, so Kubicki abschließend.